

HELMUT STRIZEK:**Clinton am Kivu-See. Die Geschichte einer afrikanischen Katastrophe**

Frankfurt a. M. 2011

Peter Lang, 408 S.

Die Katastrophe, von der in diesem Buch berichtet wird, gipfelte 1994 im Genozid an der Volksgruppe, die im ostafrikanischen Ruanda als Minderheit lebt und allgemein Tutsi (früher auch Watussi) genannt wurde, bevor die seit dem Bürgerkrieg regierende Rwandan Patriotic Front (RPF) diese Bezeichnung und die korrespondierende »Hutu« für die Bevölkerungsmehrheit verbot. Vorbereitet hat sich dieser Völkermord Jahrzehnte lang, seit 1959, drei Jahre vor dem Abzug der belgischen UNO-Treuhand-Verwaltung, eine Revolution der »Hutu-Bauern« (ca. 80 Prozent der damals knapp 3 Millionen Ruander) gegen die »Tutsi-Aristokraten« etwa die Hälfte der letzteren veranlasste, in Nachbarländer – speziell das britische Uganda – auszuwandern. Dass man damals schon in den eben apostrophierten Bindestrich-Begriffen ethnische und sozio-politische Bezeichnungen verklammerte, hätte uns davor warnen müssen, über afrikanische Katastrophen schlechtweg als »Stammeskonflikte« zu reden.

Der Genozid an den Ruanda-Tutsi 1994 war jedoch nicht der einzige Massenermord, den die Region der Großen Afrikanischen Seen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erlitt. Im südlich benachbarten Burundi und in den Ostprovinzen von Kongo-Kinshasa (das sein Herrscher Mobutu damals Zaïre nannte) waren vergleichbare Massaker bei Konflikten eher die Regel als die Ausnahme. Oft waren die Opfer Hutu. Strizek neigt dazu, auch in solchen Fällen von Völkermord zu sprechen. Das hier vorgestellte Buch fasst seinen seit 15 Jahren hartnäckig geführten publizistischen Kampf zusammen, die Schuld an dieser Serie von Katastrophen auf mehr und auf andere Schultern zu verteilen, als dies in Europa seit 1994 überwiegend getan wird.

Diese gängige Meinung, die selbst ein kritischer Mann wie Rupert Neudeck noch heute vertritt (*Die Kraft Afrikas*, 2010), ist auf 1994 fixiert und versteht den Genozid an den Ruanda-Tutsi als ein seit geraumer Zeit geplantes Werk von »Hutu-Extremisten« im Umfeld der 1973 durch Putsch an die Macht gekommenen Hutu-Regierung unter General Juvénal Habyarimana. Auslöser war der

Abschuss eines Flugzeugs im Anflug auf Ruandas Hauptstadt Kigali am 6. April 1994 durch eben diese »Hutu-Extremisten«, in dem Habyarimana, sein Amtskollege aus Burundi (ebenfalls ein Hutu) sowie sieben weitere hohe Amtsträger aus beiden Staaten ums Leben kamen. Sie befanden sich auf dem Rückflug von einer Konferenz in Tansania, auf der eine Festigung des 1993 im tansanischen Arusha vereinbarten Friedensprozesses besprochen worden war.

Für Strizek, der sich seit 1980 zunächst für die EU, dann für das Bonner Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit Ruanda befasst, ist dieses Attentat ein Werk der 1987 in Uganda gegründeten RPF, die 1990 eine (anfangs ins Stocken geratene) Invasion Ruandas begonnen hatte (weshalb es des erwähnten Friedensprozesses bedurfte), speziell ihres damaligen Militäarchefs und heutigen Ruanda-Präsidenten Paul Kagamé. »[...] Als Intendant der Inszenierung« (S. 116) sieht er Ugandas seit 1986 regierendem Präsidenten Yoweri Museveni, dem Kagamés Truppe damals zum Guerilla-Sieg mit verholfen hatte. Für diese Inszenierung, die der öffentlichen Meinung weltweit ein falsches Bild vermittelte, zollt Strizek der »kriminellen Vereinigung« (S. 373) namens RPF und speziell Kagamé über weite Strecken seines Buches Respekt. Eine Reihe von internationalen Untersuchungsberichten und anderen Zeugnissen, welche die These von den »Hutu-Extremisten« stützen, werden von Strizek mit peniblen Nachweisen seiner Quellen als Erzeugnisse einer weltweit agierenden RPF-Propagandamaschine analysiert. Eindeutig ist, dass die Enthauptung der Regierung Ruandas (in der infolge des Friedensprozesses von Arusha auch Tutsi vertreten waren) es einerseits der RPF erleichterte, das ganze Land rasch zu erobern, andererseits die Wut vieler Hutu auf ihre Tutsi-Nachbarn explodieren ließ, die sie seit jeher als eine »Fünfte Kolonne« der Exil-Aristokraten verdächtigte. Wenn die These Strizeks stimmt, nahm Kagamé den Völkermord an seinen Stammverwandten um des Sieges willen in Kauf.

Dahinter aber sucht Strizek die politische Verantwortung für alle Völkermorde rings um die Großen Seen Ostafrikas bei dem Mann, dessen Name auf dem Titelblatt des Buches steht: Bill Clinton, 1993 bis 2001 Präsident der USA. Für eine Erneuerung der US-Afrikapolitik nach dem Ende des Kalten Krieges suchte Clinton Verbündete unter den »neuen Führern« Afrikas gegen den neuen Feind: al-Qaida, die 1993 eine erste Bombe in das World Trade Center New Yorks gelegt hatte, und deren Basis damals primär der Sudan war. Clinton fand sie (unter anderen) in Museveni – dem südlichen Nachbarn des Sudan. Die neuen Freunde (und die alten, darunter der berüchtigte Kleptokrat Mobutu am Kongo, ebenfalls Nachbar des Sudan) zu so etwas in Afrika Ungewöhnlichem wie »Demokratie« anzuhalten, hielt Clinton für zweitrangig; verständlich, hatten doch sein Vorgänger Bush und Frankreichs Präsident Mitterrand um 1990 mit solch zarter Mahnung wenig erreicht. Fest steht, dass die USA unter dem Schock der gescheiterten Friedensmission in Somalia 1993 (18 tote US-Soldaten) ein Jahr später die Aufstellung einer aktionsfähigen UN-Blauhelmtuppe in Ruanda boykottierten.

Strizek beschreibt ausführlich, wie die Clinton-Administration schließlich des altbewährten Alliierten Mobutu überdrüssig wurde und Museveni sowie Kagamé 1996/97 freie Hand ließ, ihn *manu militari* durch einen gewissen Laurent Kabila zu ersetzen; als zweitrangig galt wiederum, dass sich Uganda und Ruanda im Zuge dieses Krieges daranmachten, die Bodenschätze des nordöstlichen Kongo unter den Nagel zu reißen und darüber hinaus das Problem von anderthalb Millionen Hutu zu »lösen«, die 1994 aus Ruanda dorthin geflohen waren. Wie viele Mörder von Tutsi mögen unter ihnen gewesen sein? Dass es solche gab, leugnet Strizek nicht; dass jedoch auch unschuldige Hutu Grund genug zur Flucht vor der Ruanda überrennenden RPF-Armee sahen, darf keinen Deutschen verwundern, der das Jahr 1945 erlebt hat. Strizek schreibt (S. 209) vom »Verbrechen der Flüchtlingsvernichtung«, differenziert dann diese These ausführlich (S. 217 ff.) unter der Überschrift »Vertreibung und Vernichtung der Flüchtlinge«. Gezwungen wurden sie unter Beteiligung des UN-Flüchtlingskommissariats Ende 1996 (kaum gegen den Willen der USA) zur Rückkehr nach Ruanda; wie viele dort ankamen, weiß niemand genau – auch Strizek schließt sich keiner der kolportierten widersprüchlichen Schätzungen an –, und was dort mit ihnen geschah, ist erst recht nicht bekannt. Andere flohen weiter nach Westen in den Kongo hinein. Wie viele kamen um? Als Fazit zitiert Strizek (S. 231) den US-Botschafter in Kigali, Robert Gribbin, der am 21.1.1997 erklärte: »Die humanitären Organisationen sollten abziehen und aufhören, Mörder zu ernähren. Diese werden sich in der Landschaft verflüchtigen [...]« Clinton selbst sei Ende 1996 »abgetaucht« und erwähne die Kongo-Kriege dieser Jahre in seinen Memoiren »so gut wie nicht«, ebenso wenig wie seine Außenministerin Albright (S. 233).

Weiterhin schildert Strizek die anschließenden Kongo-Kriege bis 2009, die sich entwickelten, als Laurent Kabila Regungen von Selbstständigkeit gegenüber Ruanda/Uganda zeigte, in der Folge ermordet und durch seinen Sohn Joseph abgelöst wurde, der schließlich eine als demokratisch qualifizierte Wahl gewann. Strizeks roter Faden bleiben in seiner Darstellung die Interessen der USA. Er kommt auch auf den von der UN in Arusha etablierten Strafgerichtshof zu sprechen; dessen bisherige Tätigkeit er ausdrücklich als »vorläufig« bewertet und bleibt damit deutlich zurückhaltender als in seiner Beurteilung der dort verhandelten Kriegsverbrechen selbst, wobei er sogar einräumt, dass seine »Momentaufnahme [...] sicherlich subjektiv geprägt« sei (S. 324).

Wird dieses Buch die öffentliche Meinung Europas über die Katastrophen am Kivu-See verändern? Das wäre ein Erfolg, der Helmut Strizeks 44 Email-Informationsbriefen, die er zwischen 1996 und 2011 verschickt hat, versagt blieb. Paul Kagamé, der im August 2010 einen 93-Prozent-»Wahl«-Sieg feiern konnte, war nicht nur im Vorfeld die Ehre eines *Spiegel*-Interviews zuteil geworden; er wurde jedenfalls in Deutschland vorwiegend als Architekt von Wachstum und Modernisierung in einem »neuen Ruanda« porträtiert. Nun, auch die Herren Ben Ali und Mubarak haben wir als grausame Diktatoren erst kennengelernt, als

sie gestürzt waren. Eine solide zeithistorische Bilanz der Clinton-Administration muss wohl erst noch geschrieben werden.

Franz Ansprenger,
Berlin

JOHN J. MEARSHEIMER:

Why Leaders Lie. The Truth about Lying in International Politics

New York 2011

Oxford University Press, 160 p

George W. Bush is lying!« This thought surely crossed former Chancellor Schröder's mind when reading particular passages of the former US President's memoir *Decision Points*, detailing conversations in the run-up to the Iraq War. But Schröder carefully refrained from publicly referring to Bush as a »liar,« instead phrasing his accusation as »not telling the truth.«¹ This is perfectly understandable according to international relations theorist John Mearsheimer who, in his latest book *Why Leaders Lie*, analyzes different forms of lying in international politics. Accusing someone of lying, according to Mearsheimer, »is such a serious charge« that even if it applies people often »employ softer language« (viii).

In the past few years, Mearsheimer, Professor of Political Science at the University of Chicago, has systematically researched cases of lying in international politics covering a spectrum from the Ems Dispatch in the nineteenth century to present-day controversies about the Iraq War or the Iranian nuclear program. Cataloguing these examples, Mearsheimer distinguishes between selfish lies, which »aim to protect their own personal interests,« and strategic lies that leaders tell in the national interest (p. 11). He focuses exclusively on the latter, the strategic lies, which – being a »card-carrying realist« (ix) – he sees as legitimate: »Lying is sometimes a useful instrument of statecraft in a dangerous world« (p. 12). Mearsheimer divides the generic term »deception« – that is, the deliberate prevention of others from knowing the full truth – into three categories:

- (i) Lying: Making a statement that the author »knows or suspects to be false in the hope that others will think it is true« (p. 16).
- (ii) Spinning: Exaggerating or distorting facts in order to more favorably represent one's own position.
- (iii) Concealment: »Withholding information that might undermine or weaken one's position« (p. 17).

1. Charles Hawley: »The Legacy Battle: Bush–Schröder Enmity Continues in Memoirs.« Spiegel Online, November 10, 2010; available at: www.spiegel.de/international/world/0,1518,728336,00.html

Although Mearsheimer admits that the boundaries are often blurred, the book's main focus is on lying. In his »inventory of international lies« Mearsheimer identifies seven different forms to be found in the foreign policy realm:

- (a) Inter-state lies: False statements, usually aimed at rival states in order to »gain a strategic advantage over them.« Often in this process, leaders »end up deceiving their own people, although they are not the intended audience« (p. 21).
- (b) Fearmongering: The inflation of a foreign-policy threat, which the leader deems not fully recognized by his own people, with the intention of promoting public motivation for the necessary sacrifices.
- (c) Strategic cover-ups: The disguising of failed or controversial policies in order to prevent unfavorable consequences for the country.
- (d) Nationalist mythmaking: The invention or modification of narratives regarding a country's past targeted on creating »a powerful sense of group identity [...] necessary for building and maintaining a viable nation-state, and for motivating people to fight wars for their homeland.« (p. 22)
- (e) Liberal lies: Falsehoods intended to obscure the fact that a country's behavior constitutes a breach of international law.
- (f) Social imperialism: The spreading of falsehoods about another country by a leader for his own economic or political benefit: that is, with the aim of deflecting public focus from domestic challenges or controversies.
- (g) Ignoble cover-ups: The disguising of failed or controversial policies for self-serving reasons, such as escaping prosecution.

In his subsequent analysis Mearsheimer leaves out social imperialism and ignoble cover-ups since they have »no redeeming social value« and focuses on the first five forms, which »aim to facilitate the general welfare« (p. 24). He goes on to analyze the context in which each category is most commonly used, weighing the motives behind each and presenting the benefits and costs thereof.

»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.« These famous words spoken by Walter Ulbricht at a press conference in June 1961, three months before the Berlin Wall was built, fit neatly into the category of inter-state lies – a rare kind, as Mearsheimer discovered to his own surprise. Contrary to common belief, statesmen and diplomats do not lie to each other very often and historical, as well as contemporary examples are thus quite scarce (though admittedly depending on how narrow or broad a definition one applies). In fact, Mearsheimer concludes that, when it comes to foreign policy, leaders »are more likely to lie to their own people than to rival states« (p. 13).

Following his realist logic, the author has little trouble supplying a plausible explanation for this: Since there is a general lack of trust between states in the anarchic international order, lying is unlikely to work. Statesmen are unlikely to believe a statement by a foreign leader unless they can verify it. The public, on the other hand, is generally predisposed to trust their leadership – and can thus more easily be lied to. When recently asked to comment on the WikiLeaks scandal,

Mearsheimer happily stated that most of the released documents provided further proof for his argument since they had uncovered lies by leaders to their own citizens, not to other states.²

Astoundingly, Mearsheimer's analysis shows that lying about foreign policy is much more prevalent in democracies than in autocracies. Because they are subject to regular elections, democratic leaders need to focus on public opinion. The absence of transparent and controversial public debate in non-democracies »makes it easier for leaders to hide potentially divisive policies without having to lie about them« (p. 70). In fact, Mearsheimer claims that in the US, »it is widely believed that democracies are at a disadvantage when they compete against nondemocracies, because the broader public is an obstacle to developing a smart and bold foreign policy« (p. 60). Referring to the US and its military record, Mearsheimer argues that »the leaders who are most likely to lie to their publics are those who head democracies bent on fighting wars of choice in distant places« (p. 102).

The treatise by no means propagates lying when it comes to foreign policy decisions. Mearsheimer devotes an extensive chapter to its downsides and cautions against its promiscuous and imprudent use. As the most dangerous he identifies those lies that leaders tell to their own citizens, especially in the form of fearmongering and strategic cover-ups. Besides the risk of backfiring and creating »a poisonous culture of dishonesty« (p. 83), they can spill over into the domestic realm and are prone to disrupt the opinion-making process, reduce trust in democratic institutions, and jeopardize the rule of law. However, negative consequences and public condemnation of an exposed lie strongly depend on the success of the policy behind it. Mearsheimer draws on the example of the Iraq War and suggests that, had the war been successful – in other words, had led to democracy and stability in Iraq – the American public would not have minded having been lied to at the beginning of the war.

Mearsheimer had already finished writing his book when the WikiLeaks scandal boiled up in fall of 2010. The released documents surely provide a rich source of further study on this subject. But WikiLeaks is just another indication of the fact that, with the advances in communications and internet technology which we have been witnessing in recent years, it will become increasingly hard for leaders to lie effectively to their people about foreign as well as domestic policy decisions or to conceal or spin the truth. The current developments in the Middle East clearly illustrate this.

This notwithstanding, Mearsheimer deserves high praise for having identified this noteworthy topic and carrying out pioneering work on it. He has managed

2. National Public Radio: »Why Leaders Lie,« Whether You Believe It or Not,« January 22, 2011; available at: <http://m.npr.org/news/Arts+%26+Life/133092510?singlePage=true>

to present the results of his continuous research in a remarkably clear and concise manner. The depth and variety of the examples frequently referred to, as well as the clarity of the book's language make for a very entertaining, informative and highly recommendable read.

*Anja Wehler-Schöck,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin*

ROBERT SKIDELSKY:

Die Rückkehr des Meisters. Keynes für das 21. Jahrhundert

München 2010

Verlag Antje Kunstmann, 304 S.

Wie es dem Vorwort des Verfassers zu entnehmen ist, hat das Buch sein Entstehen der 2008 ausgelösten weltweiten Finanzkrise zu verdanken. Im ersten Teil »Die Krise« wird die weltweite Finanzkrise in ihrem Entstehungs- und Wirkungszusammenhang dargelegt. Im zweiten Teil widmet sich Skidelsky dem Thema »Aufstieg und Fall des Keynesianismus«. Der dritte Teil mit dem Titel »Die Rückkehr von Keynes« beinhaltet die Meinungen und Thesen des Autors über die Notwendigkeit der Wiedereinführung der wirtschaftspolitischen Ideen von Keynes.

Skidelsky beschreibt in seinem Werk ausführlich die Entstehung der internationalen Finanzkrise in einem auf die Kritik der neoliberalen Wirtschaftspolitik fokussierten Ursachen-Wirkungs-Zusammenhang. Die Darstellung der volkswirtschaftlichen Fakten bezieht sich zunächst auf die Entwicklungen der Immobilien- und Kreditmärkte in den USA und die zunehmende Rolle der Privatbanken, die in den 1990er Jahren auch vom Staat (US-Regierung und Fed) großzügig unterstützt wurden. Skidelskys Beitrag untersucht auch die Einflüsse der globalen Faktoren (Rohstoffmärkte, globale Finanzströme etc.) auf die Finanzkrise. Sein Fazit ist, dass sich die Finanzkrise schon vor 2007/2008 abzeichnete, von den Regierungen und Ökonomen jedoch nicht frühzeitig erkannt wurde.

Bei der Ursachenanalyse geht Skidelsky kurz auf die unterschiedlichen Erklärungsmuster der »Geldschwemme-Theorie« der »Konservativen-Ökonomen« und der »Ersparnisschwemme-Theorie« der Keynesianer ein. Nach Skidelsky sieht erstere den Grund in der »lockeren Geld- und Haushaltspolitik«, während die »Ersparnisschwemme-Theorie« das Augenmerk auf die Politik des billigen Geldes in den USA als Reaktion auf die »globale Ersparnisschwemme« richtet, die von Ostasien und dem Nahen Osten ausging.

Den Ausführungen von Skidelsky zufolge konnte die aktuelle Finanzkrise durch zwei Maßnahmen in Grenzen gehalten werden. Zum einen nennt er die staatlichen Eingriffe wie Finanz- und Konjunkturprogramme der einzelnen Re-

gierungen, staatliche Beteiligungen oder Übernahmen an und von Banken sowie expansive Geldpolitik («Politik der quantitativen Lockerung», so Skidelsky). Als zweiten wichtigen Schritt des Krisenmanagements sieht er die internationale Kooperation, die nicht nur zwischen den Staaten stattfand, sondern auch die Mitwirkung der internationalen Institutionen wie des IWF umfasste.

Bei der Frage, wem die Schuld für die Entstehung der weltweiten Finanzkrise zu geben ist, setzt sich Skidelsky mit den Akteuren im Einzelnen auseinander. Diese sind Banken, Banker, Kreditratingagenturen, Hedgefonds, Zentralbanken, Finanzaufseher und Regierungen. Ohne die Fehler und die Mitverantwortung dieser Akteure zu vernachlässigen, findet Skidelsky die Antwort auf die Frage nach dem Hauptschuldigen jedoch bei den Ökonomen.

In kritischer Auseinandersetzung mit den »Mainstream-Ökonomen« geht Skidelsky auf die zwei Theorieschulen Neoklassik und Neukeynesianismus ein. Den Vertretern beider Richtungen, die in ihren Grundprämissen übereinstimmen, sich aber in Bezug auf »politische Schlussfolgerungen« voneinander unterscheiden, wirft Skidelsky fehlenden Realitätsbezug ihrer Wirtschaftsmodelle vor. Deshalb und aufgrund der weltweiten Finanzkrise schlägt der Autor vor, sich dem »Meister« Keynes und seiner »Allgemeinen Theorie« wieder zuzuwenden.

Bei der Erklärung der Entstehung der keynesianischen Ideen im zweiten Teil des Buches handelt es sich eher um eine Zusammenfassung der gängigen Kenntnisse über »Keynes' Ökonomie«. Insofern hat dieser Teil mit der Analyse der letzten und aktuellen Weltfinanzkrise inhaltlich wenig zu tun. Die in den wirtschaftswissenschaftlichen Kreisen und in der Fachwelt allgemein bekannten Thesen werden in einem historischen Entstehungskontext erneut und in einer für Laien verständlichen Form dargestellt, während der Abschied vom Keynesianismus mit einer »Gegenrevolution in der ökonomischen Theorie« und einer »Gegenrevolution in der Wirtschaftspolitik« begründet wird.

Ein wichtiger Kritikpunkt von Skidelsky bezieht sich darauf, dass die keynesianischen Ideen in den USA wenig internalisiert, jedoch aus »Pragmatismus« angewendet wurden. Auch in anderen Ländern, so Skidelsky, erwies sich der Keynesianismus als nützlich und deshalb als anwendbar. Umso leichter war dann der Abkehr von ihnen in der Wirtschaftspolitik (sprich Reagan-Thatcher-Ära), begleitet und beeinflusst von den neoklassischen Theorieansätzen, an deren Spitze Milton Friedmann als der »Hohepriester des Gegenangriffs der klassischen Ökonomen« stand (S. 163).

Im dritten Teil »Die Rückkehr von Keynes« setzt sich Skidelsky mit den ethischen und politischen Aspekten des Keynesianismus in Bezug auf den Kapitalismus auseinander. Zunächst beschreibt er die ethischen und philosophischen Ansichten von Keynes über Reichtum, Wohlstand, Geld, Gerechtigkeit und verknüpft sie mit seinem Wirtschaftsmodell: Ziel und Ergebnis des sozialen und wirtschaftlichen Handelns sowie der Wirtschaftspolitik sollten »weise, angenehm und gut« sein (S. 214). Ein weiterer Aspekt der Ausführungen über den »Meister«

betrifft Keynes' Haltung zu Christentum, Sozialismus und »Konventionen«. Skidelsky stellt fest, dass Keynes zwar stets für Evolution und Fortschritt war, jedoch aus einer auf den gesellschaftlichen Nutzen bezogenen pragmatischen Haltung heraus eine positive Haltung zu Konventionen einnahm.

Skidelsky sieht die Rückbesinnung auf Keynes auch aufgrund der »gegenwärtigen Wirtschaftskrise« vonnöten, die »ein großes Versagen der Marktwirtschaft« sei (S. 245 ff.). Gleichwohl gibt es nach Skidelsky »nicht einen einzigen keynesianischen Weg aus der Krise«, wie »es auch nicht nur ein keynesianisches System der Wirtschaftspolitik« gibt. Nach dieser allgemeinen Feststellung wird Skidelsky konkreter und kommt zu seiner Ansicht nach mit Keynes' Theorie kompatiblen folgenden Vorschlägen: Reform und Kontrolle des Finanzsektors, »makroökonomische Maßnahmen«, »die Sparwut kurieren«, »der Globalisierung Grenzen setzen« und »die Reform des Wirtschaftsstudiums« (S. 252 ff.).

Die Analyse der globalen Finanzkrise von 2008/2009 ist nicht der Hauptgegenstand der Arbeit, sondern dient eher der Rechtfertigung der Wiederbelebung des Keynesianismus im 21. Jahrhundert. Um die »Rückkehr des Meisters« zu ermöglichen, bedurfte es für Skidelsky also einer Krise, deren Vergleich mit der die Geburt des Keynesianismus verursachenden Weltwirtschaftskrise von 1929 jedoch von Skidelsky selbst infrage gestellt wird.

Skidelsky übergeht in seinen Ausführungen zumindest teilweise die Frage der Kompatibilität des in den 1930er Jahren entstandenen Modells mit der neuen Welt(wirtschafts)ordnung und der Globalisierung, die er selbst im Schlussteil kritisch beurteilt. Insofern bleibt er bei dem Wettstreit zwischen Neoklassik und dem Keynesianismus in der Vergangenheit haften. Die Hervorhebung der »Vorteile« des ausführlich behandelten Bretton-Woods-Systems kann hierfür als Beispiel genannt werden. Auffallend ist, dass Skidelsky keinen Bezug des gegenwärtigen Keynesianismus zur EU speziell zur Wirtschafts- und Währungsunion, herstellt und dieses Thema einfach übergeht, als ob die EU nicht existiere. Darüber, inwieweit unter wirtschaftstheoretischen Gesichtspunkten die nationale, in der EU supranationale, und »globale« Volkswirtschaft die Rückkehr zum keynesianischen Modell finden soll, wird wenig oder zu allgemein beschrieben.

Skidelskys Buch enthält wertvolle Ansichten, die Anlass für eine neue Diskussion über den Keynesianismus in der (Wirtschafts-)Wissenschaft und Politik bieten, auch wenn seine überwiegend lobende Darstellung von John Maynard Keynes gelegentlich prophetische Züge annimmt, zumindest bezogen auf die Ökonomie. Seine Kritik an »Ökonomen« und am universitären Betrieb wird wohl umstritten, jedoch nicht ohne Auswirkungen bleiben.

*Dr. Nebi Kesen,
Hamburg*

THOMAS GEOGHEGAN:

Were You Born on the Wrong Continent? How the European Model Can Help You Get a Life

New York 2010

The New Press, 336 pp.

This should be a good time for a book that essentially asks Americans to learn from Europe and especially from Germany. Few Western countries have managed the global financial and economic crisis as well as Germany, it seems, and its successful crisis management has a lot to do with those features of the German model which Thomas Geoghegan highlights as »blueprintable.« In the crisis, the institutional strength of the unions led to measures designed to maintain the high-skills backbone of the German economic model based on high-quality exports. For Geoghegan, German industrial relations (and similar systems in other European countries) explain why not only the bottom two-thirds of Americans would be better off in Europe; for him, that is a given, especially with regard to the unemployed and people on welfare. No, »Europe is set up for the bourgeois,« too (p. 11), for the upper middle class, who get the same benefits, such as six weeks of vacation, maternity leave, good pensions, and so on. His thesis is »that even people who are at the top or are in the top 20 percent by income are better off in a European social democracy than in a country like the US« (p. 260). While US per capita GDP is higher than in most European countries, the quality of life is not. Thanks to the strength of the European unions, there is an »invisible GDP« (p. 14) of lower inequality, better public services and goods, and perhaps most importantly from the perspective of an American professional, lower working hours, almost 400 fewer hours worked by the average German than by the average American in 2006. Geoghegan marvels at the fact that, with far fewer hours, Europeans still manage to get close to the per capita GDP of Americans.

Writing well before the 2010 midterm elections but already in the midst of the Tea Party frenzy, Geoghegan must have known his arguments would be a hard sell in the US, even without the Greece crisis. He thus opens his book by repeatedly assuring his readers that he is »no European socialist.« I doubt very much that this will help him in a country where a sizable minority of the population upholds the belief that a harmless middle-of-the-road Democrat like Barack Obama is indeed a socialist without being ridiculed daily in the media. And, of course, American exceptionalism is not an ideology reserved for the Right. So there is definitely the danger that this treatise will be a case of preaching to the choir.

As a European socialist, I do have my reservations. First, like almost any American liberal that I have ever talked to about their European experience, Geoghegan goes somewhat overboard in his description of the achievements of

European unions, the wonders of the welfare states, the quality of life, and so on. But without much reference to scholarly debate, Geoghegan identifies what is at the heart of the German success story, and embraces it wholeheartedly for the US: »In the end, it's socialism that is the reason Germany is competitive. Because German workers are at the table when the big decisions are made, and elect people who still watch and sometimes check the businessmen; they have hung on to a highly skilled tool-making culture« (p. 112). In turn, the industrial base sustains (social) democracy as unions make sure that people have a stake in the big decisions. Unfortunately, Geoghegan omits the costs of the export-driven economy that is the direct consequence of the German emphasis on manufacturing, both internally, where workers have had to accept meager wage rises for decades (only to see Germany's competitiveness diminished time and again by the strong euro) and externally, where foreign governments complain bitterly that Germany is exporting not just goods but unemployment.

In fact, all the achievements he mentions have been under constant attack and all of their foundations are suffering from erosion. Under pressure from global competition, Germany and Europe have deregulated, neoliberalized, and privatized and are bound to do so even more. Recent EU-level court rulings clearly put the freedom of capital above the right to organize, and while unions remain strong in many individual European countries, they remain weak at the EU level. It does not appear that the German model of social democracy, with its emphasis on strong unions and human capital development, is going to be the role model for a unified Europe.

Geoghegan does concede the erosion of European social democracy but is of course right to point out continuing and important differences with regard to the US. But while his research and writing style, focused on personal experiences, makes for a good read and produces many valuable insights, there are a few too many clichés and easily avoidable factual errors. The German left party is called »Die Linke« and not »the Links.« The German word for law is not »Gerecht.« German unions, until very recently, have not had organizers. Düsseldorf is not the heart of German manufacturing. All in all, Geoghegan's story is too much centered on the powerful IG Metall. In the service sector, most of what he writes about the power of unions, centralized bargaining, the division of labor between unions and works councils, and so on is no longer true, if it ever was. There is something to be said for caution and humility when one lacks local language skills. Nevertheless, given Geoghegan's apparent lack of these skills, I marvel at the many profound insights he is able to provide. It is indeed the »very existence of the CDU« (p. 120), the German conservative party with its adherence to Catholic social teachings, that explains the ingrained social dimension of German capitalism, which persists even when the SPD is weak. And yes, the German political conversation is more about collective decisions on »big things« than it is about horse races and celebrities – at least for now.

Geoghegan's enthusiasm for the European way of life and his American optimism help to balance my German gloom and pessimism. I therefore endorse his call to »help European social democracy« by spending dollars in Europe.

Thomas Greven,
Kennedy-Institut, FU Berlin

TIM JACKSON:

Prosperity without Growth

London 2009

Earthscan, 286 pp.

In den vergangenen Jahren kam in der politischen Diskussion der ketzerische Gedanke auf, dass es zukünftig kein Wachstum mehr geben könne und die Frage, ob wir es überhaupt brauchen. Auch in Deutschland gab es eine Reihe von Publikationen, die sich dieser Frage widmeten, zuletzt Meinhold Miegel mit seinem 2010 erschienenen Buch *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*.

Das Buch von Tim Jackson mit dem gleichen Titel (auch ohne Fragezeichen!) erschien bereits 2009. Dass es 2010 zweimal neu aufgelegt wurde, zeigt die Aktualität des Themas. Als Commissioner der britischen Sustainable Development Commission und Professor of Sustainable Development an der Universität von Surrey hat sich Jackson mit dem Thema viele Jahre beschäftigt.

Das Buch ist verständlich geschrieben und hat mit 12 aufeinander aufbauenden Kapiteln eine klare Struktur. In den Mittelpunkt stellt der Autor die Frage: Wie kann Wohlstand in einer Welt mit begrenzten Ressourcen und mit einer Bevölkerung, die in einigen Jahrzehnten mehr als 9 Milliarden erreichen wird, aussehen? Seine Hypothese, dass weiteres Wachstum in der gegenwärtigen Form unverantwortlich sei, begründet er detailliert und überzeugend. Wohlstand ohne Wachstum sei jedoch möglich; allerdings wäre ein anderes Verständnis von Wohlstand erforderlich.

Eine Stärke des Buches liegt in der unvoreingenommenen Analyse gängiger Argumente der Wachstumsbefürworter. Dass Wachstum zu einer Verbesserung der Lebensverhältnisse führt, bestreitet Jackson nicht. Anhand mehrerer Grafiken belegt er, dass sich mit einem höheren BIP pro Kopf die Größen Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und auch Bildung tendenziell verbessern. Das Einkommen als Maßstab für Lebensqualität werde jedoch dadurch vermindert, dass nicht unser absolutes Einkommen für die subjektive Zufriedenheit maßgeblich sei, sondern der Vergleich mit den Einkommen der Leute um uns herum. Daraus ergibt sich das Phänomen, dass wenn alle reicher werden, das individuell steigende Einkommen seine Bedeutung für den sozialen Status verliert. Das Ganze wird zu einem Null-Summen-Spiel. Damit lasse sich das Paradox (»life

satisfaction paradox«) erklären, dass zunehmender materieller Reichtum nicht zu mehr Zufriedenheit führt (S. 53). Diesen Zusammenhang hatte schon Karl Marx beschrieben: Man kann mit einem kleinen Haus zufrieden sein, solange die umgebenden Häuser ebenfalls klein sind. Aber wenn sich neben dem kleinen Haus ein Palast erhebt, schrumpft das kleine Haus zur Hütte zusammen (MEW 1959: S. 411). Der Grund für die Faszination von Menschen an Waren liege nicht in deren physischen Eigenschaften, sondern in ihren sozialen Funktionen hinsichtlich Status und Prestige.

Das fünfte Kapitel widmet Jackson der Frage, ob sich Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung entkoppeln lassen. Dazu äußert er sich sehr pessimistisch: Die Hoffnung, durch eine Entkopplung ökologisch verträgliches Wachstum zu ermöglichen, bezeichnet er als einen unrealistischen Mythos. Zwar habe eine relative Abkopplung (z. B. Wachstum ist 10 Prozent, Emissionen steigen nur um 5 Prozent) zumindest in den OECD-Ländern in den letzten Jahrzehnten funktioniert. Erforderlich sei eine absolute Entkopplung, die jedoch nicht stattfindet: Trotz rückläufiger Energie- und CO₂-Intensität seien die CO₂-Emissionen seit 1970 um 80 Prozent gestiegen. Emissionen seien heute 40 Prozent höher als in 1990, dem Jahr des Kyoto-Protokolls. Seit 2000 betrage der jährliche Anstieg 3 Prozent.

Kann durch ökologisch orientierte Investitionen des Staates die Wirtschaft auf einen »grünen« Weg gebracht werden? Die zur Überwindung der Finanzkrise staatlicherseits durchgeführten Investitionsprogramme seien tatsächlich zu einem erheblichen Teil (15,6 Prozent) auf Umweltschutz ausgerichtet gewesen (S. 111). Dieser Ansatz sei zwar richtig, stelle aber noch keine Lösung dar (vgl. S. 114, 118).

Defizite sieht Jackson in der Wirtschaftstheorie. Man brauche eine neue Makroökonomie (S. 123). Die gegenwärtige Praxis, Ausgaben für die Beseitigung von Umweltschäden und Unfälle positiv in das Bruttoinlandsprodukt einzurechnen, sei unsinnig (S. 125). Dagegen werde die positive Wertschöpfung der Hausarbeit nicht berücksichtigt, ebensowenig der Verlust an Naturressourcen. Hier ist anzumerken, dass sich seit Anfang des Jahres 2011 die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« der Aufgabe widmet, eine Alternative zum Bruttoinlandsprodukt als Messmethode für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand zu entwickeln.

Könnte man durch einen Umstieg auf weniger ressourcenintensive und mehr arbeitsintensive Sektoren (»Cinderella economy«) die Wirtschaft stabil halten? Jacksons Einschätzung: Dies würde vermutlich zu Wachstumseinbußen führen, doch letztlich wisse man das nicht (S. 133). Einfacher sei es, die vorhandene Arbeit gleichmäßiger zu verteilen, was zu kürzeren Arbeitszeiten und mehr Freizeit für die jetzigen Beschäftigten führen würde (S. 134).

Im Kapitel 7 greift er das Thema der sozialen Funktion von Waren wieder auf. Wenn der Wunsch nach immer mehr Waren und Dienstleistungen nicht auf einem physischen Bedarf, sondern auf psychosoziale Gründe zurückzuführen ist, wird auch ein Mehr nie genug sein (S. 147). Der Konsumismus mit seinen

perversen Anreizen für einen ökologisch nicht tragfähigen Statuswettbewerb werde zu einem »eisernen Käfig« (S. 87). Zwar gäbe es vereinzelt Trends, von der Fokussierung auf materielle Güter wegzukommen; doch die soziale Logik des Konsumismus müsse auf breiter gesellschaftlicher Ebene überwunden werden. Da soziale Ungleichheit Stress und soziale Schäden erzeuge, müsse diese überwunden werden (S. 154).

In Kapitel 10 fragt Jackson nach der Rolle der Regierungen bei der Schaffung einer ökologisch verträglichen Wirtschaft. Deren Aufgabe sei es, individuelle Freiheiten mit dem Gemeinwohl in Ausgleich zu bringen. Da Individuen kurzzeitorientiert denken und handeln, müsse der Staat im Sinne des langfristigen Gemeinwohls eingreifen. Eine besondere Aufgabe sieht er dabei in der Eindämmung der Auswüchse des Konsumismus, der ständigen Suche nach Neuheiten bei Produkten und Services (S. 161, 163).

In Kapitel 11 formuliert er seine Vorschläge für einen Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft in drei Kategorien: 1) Grenzwerte für Ressourcenverbrauch und Emissionen setzen und eine ökologische Steuerreform. 2) Eine ökologisch orientierte makroökonomische Lehre, neue Berechnungsmethode für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Investitionen in Umweltschutz, Finanzmarktreform. 3) Veränderung der sozialen Logik: Arbeitszeitreduzierung, Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichgewichte und Überwindung der Konsumismus-Kultur.

Im Schlusskapitel fasst Jackson seine Ergebnisse zusammen: Die Gesellschaft ist mit einem schwerwiegenden Dilemma konfrontiert. Wachstum zu begrenzen, riskiert den ökonomischen und sozialen Kollaps; weiterhin Wachstum anzustreben, riskiert den ökologischen Kollaps (S. 167). Änderungen sind in dreifacher Hinsicht notwendig: Zuerst müssen die ökologischen Grenzen festgelegt werden. Zweitens muss die Wirtschaftslehre eines unbegrenzten Wachstums korrigiert werden. Drittens muss die zerstörerische soziale Logik des Konsumismus überwunden werden (S. 204). Er stellt fest: Wir können ökologische Grenzen nicht verschieben und die menschliche Natur nicht ändern. Aber soziale Normen und Werte sind veränderbar.

Ja, Wohlstand ist möglich, auch ohne Wachstum. Das ist die positive Grundaussage von Tim Jackson. Indem er auf den bisher weitgehend tabuisierten Aspekt der psychosozialen Wurzeln des Konsumismus und des Wachstumsmythos hinweist, bietet er eine Erklärung für die Schwierigkeit, ein Verständnis von ökologisch nachhaltigem Wohlstand zu entwickeln. Hoffnungsfroh macht das noch nicht. Die Politik wird es allein nicht richten können. Denn selbst für eine weise, weitsichtige und dem langfristigen Allgemeinwohl verpflichtete politische Führung (die wir nicht haben) wäre es keine leichte Aufgabe, den Spagat zwischen den ökologischen Erfordernissen und der ökonomischen Stabilität zu gewährleisten. In einer auf Wachstum, Konsum und Innovation fixierten Welt einem Politiker zu empfehlen, den Wählern eine Schrumpfung der Wirtschaft

und einen Verzicht auf die neuesten Errungenschaften der Konsumgüterindustrie vorzuschlagen, entspräche der Empfehlung, seinen Abschied aus der Politik zu nehmen. Jackson weist überzeugend nach, dass herkömmliche Konzepte (mehr alternative Energie, mehr Umweltschutz etc.) zwar nützen, aber insgesamt nicht reichen werden, um Wachstum ökologisch verträglich zu machen. Nur wenn sich auf breiter Ebene ein neues Verständnis von Wohlstand durchsetzt, wird es gelingen, die Ökonomie stabil und gleichzeitig in ökologischen Grenzen zu halten. Jacksons Verdienst ist es, diesen Zusammenhang deutlich gemacht zu haben.

*Helmut Zell,
Remagen*

HEINRICH BERGSTRESSER:

Nigeria: Macht und Ohnmacht am Golf von Guinea

Frankfurt a. M. 2010

Brandes & Apsel, 268 S.

JOHN CAMPBELL:

Nigeria: Dancing on the Brink

Lanham, MD, 2010

Rowman & Littlefield, 216 S.

Afrikas Riese ist zugleich sein Sorgenkind: Nigeria, das bei Weitem bevölkerungsreichste Land des Kontinents, wird nicht nur als Paradebeispiel des »Ressourcenfluchs« gesehen, nach dem Ölreichtum direkt mit Armut und Unterentwicklung zusammenhängt. Auch ethnisch-religiös geprägte Konflikte lassen den westafrikanischen Staat in einem düsteren Licht erscheinen. Manch einer hat schon das Gespenst von Al Quida-Aktivitäten im muslimisch geprägten Norden des Landes gezeichnet. Zwar gibt es dafür keine Belege, aber als hätte Nigeria noch nicht genügend Probleme, gerät es zunehmend in den Fokus von Anti-Terrorismus-Experten.

Abgesehen von seiner Rolle als Energielieferant besitzt Nigeria nicht nur auf dem Kontinent, sondern als achtgrößter Staat der Erde auch weltweit eine natürliche Schwerpunktlage. Doch seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 haben überwiegend Militärdiktaturen die Geschicke Nigerias gelenkt und die kurzen demokratischen Phasen waren mehr Schein als Sein.

Das Ende der Militärdiktatur im Jahr 1999 läutete nicht nur die bislang längste formaldemokratische Phase im Land ein, es beendete auch den Paria-Status, unter dem Nigeria zunehmend litt. Unter Präsident Olusegun Obasanjo feierte es mit einem internationalen Schuldenerlass und der »New Partnership for Africa's

Development« (NEPAD) außenpolitische Erfolge. Allerdings konnten sie nicht überdecken, dass weder die soziale Entwicklung noch die Demokratisierung voranschritten. Emblematisch hierfür ist nicht nur, dass Nigeria für 150 Millionen Bürger auch heute noch gerade einmal so viel Strom produziert wie eine mittelgroße deutsche Stadt, sondern vor allem die Tatsache, dass seit den 1970er Jahren dieselben Männer die Fäden in der Hand haben. Ein Systemwechsel mag stattgefunden haben – ein Machtwechsel nicht.

Der überwältigende Eindruck ist, dass Nigeria sein Potenzial nicht einmal in Ansätzen entfaltet hat. Es wäre jedoch fatal, sich daher von dem Land abzuwenden. Wenn es seine Probleme in den Griff bekommt, wird Nigeria ohne Frage zu einer bedeutenden Mittelmacht aufsteigen. Und bei all den üblichen Schreckensmeldungen gibt es Ansätze zur Hoffnung: Nigeria hat nicht nur im April 2011 erstmals freie und faire Wahlen durchgeführt; es hat sich auch aus der wohl schwersten politischen Krise der »Vierten Republik« herausgesteuert, als die politischen Institutionen nach dem Tod des Präsidenten Umaru Musa Yar'Adua im Mai 2010 die Amtsgeschäfte auf seinen Vize Goodluck Jonathan übertrugen. Wenn das Militär nach einer Gelegenheit zum Putsch gesucht hätte: Dies wäre sie gewesen.

Für Akteure und Analysten der internationalen Politik ist die Beschäftigung mit diesem dynamischen und auf ganz Afrika ausstrahlenden Land also unabdingbar. Dass Ende 2010 gleich zwei Bücher von namhaften Autoren erschienen sind, die dessen Komplexität auf weniger als 300 Seiten zu bannen versuchen, ist daher erfreulich. Ebenso begrüßenswert ist, dass beide Bücher sehr unterschiedliche Perspektiven auf Nigeria einnehmen, so dass man sie beide mit Gewinn lesen kann.

Mit Heinrich Bergstresser meldet sich der wohl größte Nigeria-Kenner Deutschlands zu Wort. Bergstresser, ehemaliger Leiter des Büros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Lagos und lange Jahre Redakteur der Deutschen Welle für Westafrika stellt das Land am Golf von Guinea auf 268 Seiten extrem verdichtet dar. John Campbell, von 2004 bis 2007 US-Botschafter in Nigeria, forscht und publiziert derzeit am renommierten Council on Foreign Relations in New York. Er hatte bereits im September 2010, vor Erscheinen seines Buches, in der Zeitschrift *Foreign Affairs* düstere Prognosen über die Zukunft Nigerias abgegeben. In *Nigeria: Dancing on the Brink* vertieft er seine Argumentation.

Die Ansätze der Autoren sind sehr unterschiedlich. Bergstresser beschreibt ein Land im Wandel, in dem alles »extrem und hoch verdichtet« erscheine und das »auf viele Nicht-Nigerianer häufig abschreckend« wirke. Er beginnt seinen Parforceritt mit einem kurzen Kapitel zum »Weltenergiemarkt und Fetisch Auto«, in dem die Bewegung, die das Land prägt, zum Ausdruck kommt. Überhaupt gelingt es Bergstresser, den Nexus zwischen Nigerias jüngerer Geschichte und dem Weltölmarkt darzustellen. Er zeigt, wie die hohen Öleinnahmen der 1970er Jahre die Hybris der Herrschenden steigerten und unweigerlich zur Dominanz

von Klientelnetzwerken in Politik und Gesellschaft führten. Der Fall der Ölpreise in den 1980er Jahren stürzte das Land folgerichtig in eine tiefe Krise, die politisch in die brutalen Regimes der Militärmachthaber Ibrahim Babangida und Sani Abacha mündete. Das Militär blieb auch über die eigene Herrschaftsära hinaus prägende Kraft: Es traf praktisch alle zentralen Grundsatzentscheidungen über die Struktur des Staates, insbesondere seine Verfassung und die Ausgestaltung des Föderalismus. Auch daraus erklärt sich die Leichtigkeit, mit der Nigerias herrschenden Männer nach dem Ende der Militärherrschaft 1999 ihre Uniformen ablegten, um sich als zivile Machthaber zu gerieren. Exemplarisch hierfür ist der ehemalige Juntachef und später »demokratisch gewählte« (die Wahlen waren ja nie frei und fair) Präsident Olusegun Obasanjo, der noch heute hinter den Kulissen als politischer Strippenzieher wirkt.

Bergstressers Buch ist mehr als eine Abhandlung über die politische Ökonomie Nigerias. Für ihn stehen die handelnden Personen im Mittelpunkt, deren Biografien er dem Leser knapp darstellt. Er porträtiert zudem die nigerianische Kultur in ihrer Wechselwirkung mit der Geschichte des Landes. Insbesondere der Schriftsteller Wole Soyinka kommt dabei zu Wort. Das Buch skizziert auch die ethnischen Nationalismen und die Vielfalt des Landes, religiöse Entwicklungen, die nigerianische Diaspora und die Medien des Landes. Das letzte Kapitel ist treffend mit »Neue Unübersichtlichkeit« überschrieben – in der Tat liegt in der Detailversessenheit die Stärke und Schwäche von Bergstressers Buch, das eher wie ein Handbuch oder Nachschlagewerk wirkt als alles andere. Ein roter Faden ist, abgesehen von der Dynamik und Verdichtung der Dinge, nicht erkennbar. Das erschwert den Lesefluss, führt aber dazu, dass dieses Buch die erste Wahl ist, wenn man nach spezifischen Informationen, begleitet von einer kompetenten Einschätzung, sucht.

Das Buch wird aufgelockert durch zahlreiche Fotos und Schaukästen, in denen zentrale Akteure der nigerianischen Politik dargestellt werden, und abgerundet durch knapp 200 Endnoten (nicht alle wären notwendig gewesen) sowie einen ausführlichen, informativen Anhang.

John Campbells Buch besticht dagegen eher durch die Klarheit und Stringenz seiner Argumentation. Sein Ausgangspunkt ist die US-Politik und die Ausprägung der amerikanisch-nigerianischen Beziehungen, wobei er nicht mit Kritik am Kurs der USA, insbesondere der Bush-Regierung, spart. Laut Campbell widmen die USA Nigeria zu wenig Aufmerksamkeit, entwickeln dadurch ein defizitäres Verständnis des Landes und nehmen sich so selbst die Möglichkeit zur Kritik, auch dann, wenn es deutliche Worte von seinen Freunden gebrauchen würde. Er appelliert, die nigerianische Zivilgesellschaft als Antreiber der Demokratisierung stärker zu unterstützen und eine gesunde Distanz zu den Eliten zu bewahren, die seit 40 Jahren das Land ausbeuten. Emblematisch ist für ihn die Figur Obasanjos, an dessen demokratischer Haltung Campbell deutliche Zweifel anmeldet. Ihm und den anderen über die Jahre erschreckend gleichbleibenden Akteuren gehe es

doch vielmehr um den fortgesetzten Machterhalt als um Entwicklung. Deutlich wird die Frustration über die katastrophalen Wahlen des Jahres 2007, auf die die internationale Gemeinschaft große Hoffnungen gesetzt hatte. Aber freie und faire Wahlen passen laut Campbell der nigerianischen Elite, einem Netzwerk einflussreicher Männer oder im nigerianischen Sprachgebrauch »Ogas«, nicht ins Konzept. Sie wollen vielmehr ein System erhalten, das auf Ausbeutung, gegenseitigem Schutz und gegenseitiger Machtbegrenzung beruht. Als Obasanjo daher eine nicht verfassungskonforme dritte Amtszeit als Präsident anstrebte, verstieß er gegen den letzten Punkt dieses »Oga«-Konsenses – weshalb diese ihn letztendlich scheitern ließen. Hier, im Netzwerk der »Ogas«, liegt laut Campbell auch der Schlüssel zur Zukunft Nigerias: Progressive Kräfte, die in der Zivilgesellschaft organisiert sind, haben nur eine Chance, wenn die Ölpreise hoch und die »Ogas« relativ gespalten bleiben.

Campbells Buch ist sehr lesbar, angenehm unverblümt und auf großer Kenntnis des Landes basierend. Er vermeidet Bergstressers Detailversessenheit, wirkt dadurch aber manchmal zu oberflächlich. Die in der Einleitung aufgestellte Behauptung, seit 2003 sei kein englischsprachiges Buch für die weite Öffentlichkeit über Nigeria erschienen, ist falsch: Abgesehen von einer sehr aktiven Publikations-tätigkeit in Nigeria selbst seien hier mindestens Daniel Jordan Smiths *A Culture of Corruption: Everyday Deception and Popular Discontent in Nigeria* (Princeton 2008) sowie Michael Peels *A Swamp full of Dollars: Pipelines and Paramilitaries at Nigeria's Oil Frontier* (Chicago 2010) genannt. Auch stößt Campbells – übrigens angenehm unalarmistische – Darstellung des nigerianischen Islam insofern auf, als er sich ausführlich dessen radikalen Tendenzen widmet, gleiches aber für das Christentum unterlässt. Dies ist insbesondere deswegen verwunderlich (oder auch nicht), als einige der radikal anti-islamischen Kirchen aus den USA stammen, hier also auch für die US-Politik potenziell Handlungsbedarf bestünde. Die Problematik eines radikalen Christentums in Nigeria hat zuletzt Ruth Marshall in *Political Spiritualities. The Pentecostal Revolution in Nigeria* (Chicago 2010) dargestellt.

Einige seiner Annahmen erscheinen zudem widersprüchlich: Wenn Nigerias Unterentwicklung auf das Verhalten der Eliten zurückgeht, dann ist nicht logisch, dass stärkere Geldströme in das südliche Niger-Delta, die Campbell unter Präsident Jonathan erwartet, zu einer weiteren Verarmung des Nordens führen. Null abzüglich null bleibt leider null. Gleichzeitig ist seine pessimistische Einschätzung der Möglichkeiten für freie und faire Wahlen im Jahr 2011 mittlerweile von der Realität widerlegt worden. Hier wird der Autor zum Opfer seines statischen Verständnisses von Nigeria.

Beide Bücher sind sehr lesenswert und können das Verständnis für dieses wichtige Land vertiefen. Bedauerlich ist jedoch, dass keines die Bedeutung der nigerianischen Gewerkschaften ausreichend betont. Bis heute bleibt die nigerianische Gewerkschaftsbewegung die einzige demokratische Massenbewegung, während viele Nichtregierungsorganisationen eher professionellen Beratungs-

unternehmen ähneln. Gewerkschafter haben unter der Militärregierung erbitterten Widerstand geleistet und massiv gelitten. Einige ihrer Exponenten haben mittlerweile den Sprung in die Institutionen geschafft und setzen sich dort weiter für einen echten politischen Wandel ein. Der überaus populäre Gouverneur von Edo State, Adams Oshiomole, ist dafür genauso ein Beispiel wie der Vorsitzende der nigerianischen Wahlkommission, Attahiru Jega. Zwar war die nigerianische Gewerkschaftsbewegung schon stärker, aber wer sie gänzlich aus den Augen verliert, wird der Realität des Landes nicht vollständig gerecht.

*Thomas Müttig,
Landesvertreter Friedrich-Ebert-Stiftung Nigeria*

ULRICH BRAND:

Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte. Gegen-hegemoniale Strategien

Hamburg 2011

VSA Verlag, 220 S.

Das Buch versammelt Beiträge, die der Autor zwischen 2007 und 2010 in diversen Zeitschriften und Sammelbänden publiziert hat. Sie alle versuchen – unter dem Überbegriff »Post-Neoliberalismus« – aktuelle gesellschaftliche Brüche mit dem Neoliberalismus fassbar zu machen. Wobei Post-Neoliberalismus – etwa im Gegensatz zum Postfordismus – eben nicht als neue Phase des Kapitalismus verstanden werden will, sondern als strategische Auseinandersetzung mit sich verändernden politischen, ökonomischen und kulturellen Entwicklungen. Gerade in dieser – auf den ersten Blick eher vagen – Begriffsdefinition sieht Brand eine besondere Stärke. Jedenfalls glaubt er damit »nicht nur emanzipatorische Praxen, sondern auch die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) oder sozialistische ›Dritte Wege‹ [...] als post-neoliberal« erfassen zu können.

Das Buch versteht sich als Teil der kritischen Deutungen in der aktuellen Krise. Ein in der Tradition von Antonio Gramsci gedachter Hegemoniebegriff erzeugt eine umfassende Kritik an sozio-ökonomischen Verhältnissen wie eben der Macht von Kapital und Vermögen oder an »kulturellen Verhältnissen«.

Der erste Teil des Buches gibt Einschätzungen zu aktuellen »multiplen Krisen«. Überlegungen zu unterschiedlichen und ungleichzeitigen Krisendynamiken stehen im Mittelpunkt. Es werden dabei einige zentrale Dimensionen der Krise und ihrer Bearbeitung analysiert, Ansatzpunkte und Vorschläge präsentiert und diskutiert. Auf Überlegungen zur Rolle des Staates (etwa bei Entwicklungen im Bereich der ökologischen Krise oder der Umweltpolitik, folgt ein Beitrag zur »Rolle der Linken« und schlussendlich generelle Überlegungen zu Rolle und Zukunft der Sozialdemokratie.

Der zweite Teil präsentiert gegenwärtige Entwicklungen im Bereich der ökologischen Krise bzw. der sozial-ökologischen Politik. Besonders lesenswert scheint hier der Beitrag zum »Grünen New Deal«. Dieser wird als zentrales Projekt verstanden, um die aktuelle, multiple Krise zu überwinden. Des Weiteren wird anhand von Biodiversität dargestellt, inwiefern Wissen eine wachsende Rolle in der jüngeren Entwicklung des Kapitalismus spielt, welche Rolle dem Institut des »geistigen Eigentums« dabei zukommt beziehungsweise wie dabei mit dem Begriff »Biopiraterie« Politik betrieben wird.

Im dritten Teil des Buches werden Alternativen aufgezeigt. Dabei wird auf neuere entwicklungspolitische Diskussionen oder den Begriff der »Gemeingüter« eingegangen. Es folgt ein Plädoyer, wie konkret emanzipatorische sozial-ökologische Politik die bestehenden Ansätze weitertreiben und vertiefen könnte.

Abschließend versucht der Autor zu zeigen, wie kritische Theorien – zentral sind Ansätze der Internationalisierung in der Tradition von Marx, Gramsci und Poulantzas – dazu beitragen können, den neoliberalen/imperialen Globalisierungsprozess sowie seine aktuelle Krise besser zu verstehen und gegenhegemoniale Handlungsoptionen zu entwickeln.

Ein Manko des Buches soll jedoch nicht verschwiegen werden: In der Tradition kritischer deutscher Wissenschaftler verwendet der Autor streckenweise eine mühsame, oft strikt theoriegeleitete Sprache. Sprach- und Formulierungsungetüme wie »globaler Konstitutionalismus des disziplinierenden Neoliberalismus« oder »fossilistisch-kapitalistische Produktions- und Lebensweise« wenden sich an einen engen Kreis von »Eingeweihten«, schrecken aber den durchschnittlich interessierten Leser ab. Und das ist schade, denn das Buch versteht sich explizit als Beitrag gegen politische Resignation. Ein zweiter, mehr genereller Einwand – gleichzeitig auch als Anregung gedacht: Das Thema und der Begriff »Post-Neoliberalismus« wecken mehr Neugier, als es eine (durchaus verdienstvolle) Zusammenstellung von Artikeln und Beiträgen zufriedenstellend bedienen könnte. Eine eigenständige Publikation »Post-Neoliberalismus« (ohne Fragezeichen!) vom selben Autor – allenfalls mit einem leserfreundlichen Lektorat – hätte alle Voraussetzungen für eine breite Leserschaft. Bis dahin muss man sich wohl mit den Teilveröffentlichungen des Autors zum Thema begnügen. Es bleibt jedenfalls zu hoffen, dass er – etwa auch in seiner Funktion als sachverständiges Mitglied der aktuellen Bundestagsenquete-Kommission zu »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« – die beginnende Diskussion um die konkreten Ursachen, Formen und Effekte von Wirtschaftswachstum, die Bedeutung für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche und soziale Gruppen, für den Staat und für die Handlungsfähigkeit insbesondere der Gewerkschaften, die Rolle von Weltmarkt und tief verankerten Lebensweisen, Fragen einer »Post-Wachstums«-Gesellschaft und gerechter Transformation« auch weiterhin aktiv mitgestaltet.

*Stefan Brocza,
Universität Wien*